



Parlamentssitzung 14. Februar 2011

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 21.35 Uhr

Vorsitz Ursula Wyss (Grüne)

Anwesend

Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Patrik Locher (EVP)
Bernhard Bichsel (FDP)	Ruedi Lüthi (SP)
Peter Burch (FDP)	Anna Mäder (SP)
Christian Burren (parteilos)	Urs Maibach (Grüne)
Ignaz Caminada (CVP)	Hans Moser (SVP)
Heinz Engi (FDP)	Heinz Nacht (SVP)
Mario Fedeli (SP)	Barbara Perriard (FDP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Jan Remund (Grüne)
Martin Graber (SP)	Christian Roth (SP)
Philippe Guéra (BDP)	Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Hermann Gysel (EVP)	Christoph Salzmann (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Laavanja Sinnadurai (SP)
Franziska Keller (BDP)	Hugo Staub (SP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Mark Stucki (FDP)
Daniel Krebs (SVP)	Barbara Thür (GLP)
Stefan Lehmann (SVP)	Thomas Verdun (SVP)
Andreas Lanz (BDP)	Ulrich Witschi (BDP)

Entschuldigt Rolf Zwahlen (EVP)

Gemeinderat Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. Januar 2011	17
2. Kommissionsersatzwahlen.....	17
3. Lehrschwimmbad Niederwangen - Sanierung.....	17
4. Schaffen einer parlamentarischen Finanzkommission – Reglement Wahl von sieben Mitgliedern gemäss Proporzschlüssel 2010-2013 0838 Motion (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik – Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission.....	24
5. 0803 Motion (CVP, jfk, EVP, FDP) "Ausarbeitung einer Energiesstrategie für die Gemeinde Köniz" und 0807 Motion (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz"	30
6. Verschiedenes.....	32

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Die Parlamentsunterlagen sind Ihnen am 20. Januar 2011 zugestellt worden. Mit dem Nachversand am 3. Februar 2011 haben Sie das Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. Januar 2011 und den neuen Ortsplan der Gemeinde Köniz erhalten. Bereits an meiner ersten Sitzung muss ich Ihnen ein Rücktrittsschreiben bekanntgeben: "Rücktrittsschreiben von Ignaz Caminada. Geschätzte Parlamentspräsidentin, wertere Parlamentsmitglieder, liebe Ursula. Nach beinahe 13 Jahren im Könizer Parlament respektive im Grossen Gemeinderat, ist für mich die Zeit gekommen, einen für mich intensiven und lehrreichen Lebensabschnitt der Vergangenheit zu übergeben. Ich habe in all den Jahren unzählige Persönlichkeiten im Parlament, in der Exekutive und in der Verwaltung kennen- und schätzen lernen können. Für all diese Begegnungen, Diskussionen und auch persönlichen Gespräche, bin ich ausgesprochen dankbar. Als Historiker schaue ich bekanntlich nie ausschliesslich in die Zukunft, sondern ich habe in den vergangenen Wochen häufig die alten Unterlagen hervorgeholt. Drei Parlamentssitzungen sind mir in spezieller Erinnerung: Am 9. November 1998 haben wir nach sage und schreibe über 80 Einzelvoten und fast vier Stunden debattieren das Budget 1999 mit einem Defizit von mehr als 3,3 Millionen Franken mit 20 : 16 Stimmen angenommen. Ein Jahr später verfolgten mehr als 190 Zuschauerinnen und Zuschauer mit Transparenten, als wir am 13. Dezember 1999 die Diskussion über die Weiterführung der Spez'Sek an der Lerbermatt führten. Nachdenklich stimmte uns dann die Parlamentssitzung im Oktober 2001, als Polizisten nach dem verwerflichen Attentat auf das Kantonsparlament von Zug vorsorglich und diskret für unsere Sicherheit vor Ort sorgten. Staunen musste ich oft, was sich alles seit Mitte 1998 in Köniz verändert hat. Köniz hatte damals noch kein Informatikzentrum mit Muri und im Parlament gab es nur Pausen, wenn jemand einen Sitzungsunterbruch verlangte. Am Bläuackerplatz war noch der Werkhof und die grüne Phase durch "Ampliwil" habe ich als Velofahrer nie richtig gefunden. Der Bahnhof Niederscherli war noch bedient und hatte keine Unterführung. Der Stundentakt in Richtung Bern war konsequent und die Wartezeit für die Weiterfahrt in Richtung Basel oder Luzern dauerte über dreiviertel Stunden. Die Busse der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB) waren noch grün und der Lotharsturm war vor 13 Jahren noch nicht über unser Land gefegt. 1998 zählte die Gemeinde Köniz noch 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger und die Diskussion, ob wir Stadtgemeinde oder Gemeinde heissen sollen, war damals noch Zukunft und ist heute Vergangenheit. Dass sich Köniz neben Wohnbaugebieten und Ansiedlung von Arbeitsplätzen strassenbautechnisch enorm entwickelt hat, spürte ich tagtäglich auf meiner Velofahrt zum Büro. In den 13 Jahren gab es nur wenige Tage, an denen zwischen Niederscherli und Wabern keine Baustellenampel auf Rot geschaltet war. Die grossen Baustellen waren: Bahnhof Moos, die zahlreichen Etappen im Zentrum Köniz, Wabersackerstrasse, Kirchstrasse ab Steinhölzlikreisel und jetzt Kirchstrasse bis zur Bahnunterführung. Wann ist der ideale Zeitpunkt, aufzuhören? Ich weiss es nicht. Vielleicht trete ich aus dem Könizer Parlament zurück, weil ich nach über 400 Stunden im Parlament, in der GPK und in den Kommissionen das Zepter einer Frau übergeben will? Vielleicht genügen mir die unterdessen 15 Budgetdebatten. Vielleicht muss ich selbstkritisch feststellen, dass sich die Gemeinde Köniz trotz über 625 Traktandenpunkten zu parlamentarischen Vorstössen in den letzten 13 Jahren nicht nur vorwärts bewegt hat. Vielleicht will ich mir mehr Freizeit schenken oder vielleicht einfach etwas Neues anpacken. Dir Ursula, wünsche ich ein erfolgreiches Präsidialjahr. All meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament wünsche ich weiterhin so angeregte Debatten, die stets geprägt waren von Respekt, aber auch zwischendurch gespickt mit Sticheleien, den Exekutivmitgliedern viele Visionen, dass Köniz in den nächsten 13 Jahren nochmals einen Riesenschritt zum Wohle der Bevölkerung macht und der ganzen Verwaltung von Köniz ebenso diese tragende und spürbare Überzeugung, beim richtigen Arbeitgeber zu arbeiten. In grosser Dankbarkeit, Ignaz Caminada." (*Applaus*)

Hermann Gysel (EVP): Aus dem Rückblick über die vergangenen 13 Jahre war der Historiker auf der Suche nach den wesentlichen Punkten und nach Veränderungen, deutlich zu hören. Von der Parlamentssekretärin, Verena Remund, habe ich das Protokoll der Sitzung vom

17. August 1998 erhalten, in welchem Ignaz Caminada erstmals aufgeführt ist. Ich werde mich kurz halten, wie es Ignaz Caminada auch gerne getan hat, d. h. Qualität vor Quantität. Von den 39 Kolleginnen und Kollegen aus dem Grossen Gemeinderat von 1998 ist Ignaz Caminada der letzte im Parlament. Interessanterweise sind aber fünf der ehemaligen Kolleginnen und Kollegen heute Gemeinderatsmitglieder. Ich schaue nun in die Runde, um zu schauen, welche drei Parlamentsmitglieder im Jahr 2023 im dannzumaligen auf drei Mitglieder reduzierten Gemeinderat sitzen könnten.

Ich gehe kurz auf die Eigenschaften von Ignaz Caminada ein, die ihn so wertvoll für das Parlament gemacht haben und beginne mit dem, was Ignaz Mühe gemacht hat: Mühe machten ihm Abstimmungen, die durch den Stichtscheid des Parlamentspräsidiums entschieden werden mussten. Wenn ein Parlament seine Arbeit gut macht, sollten keine Blöcke entstehen, sondern man sollte zu Einigkeit gelangen. Mühe machten ihm aber auch zerbrochene Flaschen auf Velostreifen oder "Sippenhaftung". Anlässlich der Sitzung vom 17. August 1998 wurde durch ein heutiges Gemeinderatsmitglied eine Abstimmung per Namensaufruf verlangt. Das Resultat lautete 19 : 19 Stimmen, dies dank einer taktischen Stimmenthaltung des Parteikollegen von Ignaz Caminada. Der Ratspräsident entschied die Abstimmung entgegen der Meinung von Ignaz Caminada. Im Rücktrittsschreiben hat Ignaz Caminada erwähnt, dass der Lotharsturm 1998 noch nicht über die Schweiz hinweggefegt war. Anlässlich der Sitzung vom 17. August 1998 wurde aus den Direktionen Bericht erstattet. Aus der Direktion Zivilschutz und Wehrdienste wurde folgendes berichtet: "Bei der Beurteilung von Gefahren und Einsatzszenarien stehen örtliche Themen im Vordergrund, beispielsweise Flugzeugabstürze oder Föhnstürme." Man hat schon damals vorausgeschaut.

Ignaz Caminada ging in seiner Arbeit immer davon aus, dass es, um miteinander diskutieren zu können, wichtig ist sich in den politischen Gegner hinein zu versetzen und zu verstehen wie er denkt. Ignaz geht es darum, in einer Auseinandersetzung den Respekt beizubehalten. Die Sticheleien von Ignaz Caminada sind Sticheleien gegen die "Stichler". Der von Ignaz Caminada angestrebte Dialog führte hie und da zu überraschenden Lösungen.

Für die neue Aufgabe, die Ignaz Caminada übernehmen wird – er wird ein ehrenamtliches Exekutivamt in der katholischen Gesamtgemeinde Bern annehmen – habe ich ihm das Buch "Lob der Unverschämtheit" mitgebracht. Das soll aber keine Anleitung sein, wie man als Rhetoriker möglichst ohne Scham seine eigenen Interessen durchsetzen könnte, sondern es ist eine Auseinandersetzung mit einer Reihe von Gleichnissen aus dem neuen Testament. Ich bin sicher, dass Ignaz Caminada in der neuen Herausforderung weiterhin gute und wertvolle Arbeit leisten wird. Wir danken Ignaz Caminada für seine Arbeit. (*Applaus*):

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Der Parlamentsausflug wird am 2. September 2011 ab 17.00 Uhr stattfinden. Eine Einladung wird folgen. Zum neuen Sitzplan, der Ihnen vorgängig zugestellt worden ist: Er ist etwas ungewohnt und ich wollte damit meiner Antrittsrede Taten folgen lassen und hoffen, dass sich die Durchmischung vielleicht ab und zu in der Meinungsbildung physisch niederschlagen wird. Wir werden dies Ende Jahr dann wissen.

Mit den Akten für die Parlamentssitzung vom 21. März 2011 werden Sie das neue Reglement Personalrecht erhalten. Weil es sich bei diesem Reglement um eine ziemlich komplexe und umfangreiche Materie handelt, mit viel rechtlichem Hintergrund usw., unterbreite ich Ihnen das Parlamentsbüro folgenden Vorgehensvorschlag, der Gewähr bietet, dass anlässlich der Parlamentssitzung keine Schnellschüsse zu rechtlichen Unstimmigkeiten führen könnten. Der Vorschlag wird Ihnen durch die Fachstelle Parlament noch schriftlich zugestellt. Er lautet wie folgt: Der Aktenversand findet am 24. Februar 2011 statt. Anschliessend können Sie bis zum 7. März 2011 schriftliche Änderungsanträge an die Fachstelle Recht einreichen. Die Fachstelle wird eine rechtliche Beurteilung von allfälligen Anträgen vornehmen und Ihnen ein Feedback geben. Für die Einreichung des Antrags an die Fachstelle Parlament haben Sie Zeit bis zum 15. März 2011. Die Kommission Personalrecht hält am 7. März 2011 ihre letzte Sitzung ab und wird zuhanden des Parlaments eine Stellungnahme abgeben. Ab dem 16. März 2011 haben der Gemeinderat und die Kommission Personalrecht Zeit, die Anträge zu prüfen und sich auf die Parlamentssitzung vorzubereiten. Ich hoffe, dass dieser Vorgehensvorschlag von Ihnen als gut befunden wird.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Da keine Kommissionsersatzwahlen anstehen, entfällt dieses Traktandum.

1. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. Januar 2011** Genehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. Januar 2011 wird genehmigt.

2. **Kommissionsersatzwahlen** (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Kommissionsersatzwahlen anstehen, entfällt das Traktandum.

3. **Lehrschwimmbad Niederwangen - Sanierung** Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht die GPK-Referentin, danach folgen Fraktions- und Einzelvoten. Es findet keine Detailberatung statt. Abschliessend erfolgt die Abstimmung.

GPK-Referentin Stephie Staub-Muheim (SP): Vor 34 Jahren erlernte man das Schwimmen mithilfe eines Stabes oder eines Korkgurts. Heute stehen so tolle Schwimmhilfen wie z. B. eine Schwimmmudel zur Verfügung. Ich denke, dass auch unser Lernschwimmbecken nach 34 Jahren ein neues und modernes Outfit benötigt.

Ich mache zuerst auf folgende Tatsache aufmerksam: Beim Schwimmbad Niederwangen handelt es sich um ein Lernschwimmbecken für die Könizer Schülerinnen und Schüler und nicht um ein öffentliches Hallenbad. Die Grösse beträgt 16,6 m x 9 m. Eine Badaufsicht ist nicht vorhanden, d. h. die Kursleitungen sind ausgebildet und tragen die Verantwortung. Der Schwimmunterricht ist vergleichbar mit einem Spezialkurs Musik in einem speziellen Unterrichtsraum. Wir beraten heute über den Projektierungskredit. Das Lernschwimmbecken ist nicht mit anderen Bädern zu vergleichen, wie z. B. dem Maulbeerbäd oder der KaWeDe. Ebenfalls sind die Kostenüberschreitungen in Millionenhöhe wie in Grosshöchstetten kein Thema, da mit dem heutigen Projektierungskredit die Kostenfrage genau abgeklärt werden kann. Nach dem Direktionsbesuch haben sich diverse Fragen und Erklärungen zu folgenden guten Gründen für das Lernschwimmbecken für die Könizer Schulen herauskristallisiert: Erstens handelt es sich um die einzige gemeindeeigene Anlage dieser Art. Zweitens ist das Lernschwimmbecken ganzjährig und regelmässig benutzbar für den Schwimmunterricht und hat damit einen Vorteil gegenüber dem Freibad Weiermatt, welches nur während der Sommermonate benützt werden kann. Drittens kann Jugendlichen und Kindern die Angst vor dem Wasser einfacher genommen werden als Erwachsenen. Schwimmen kann Leben retten, das eigene wie auch das von anderen. Viertens sind vor allem die Schulen und der Schulsport Benutzer des Lernschwimmbeckens. Das Angebot ist auch am Samstag, in der Freizeit und in den Ferien vorhanden, sowie für andere Benutzer, z. B. Vereine wie Aquagym oder Aquafit. Fünftens haben 33 Parlamentsmitglieder das Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" unterzeichnet. Ohne Lernschwimmbecken kann das Anliegen wohl nicht erfüllt werden. Innerhalb der Gruppe Unfälle ist Ertrinken die zweithäufigste Todesursache bei Kindern. Sechstens sollte die Gemeinde Köniz und wir als umsichtige Gemeindevertretung ein Interesse haben, in unsere Zukunft und damit in die Gesundheit und Sicherheit unserer Kinder zu investieren. Übergewichtige Kinder sind im Vormarsch, deshalb können Kinder und Jugendliche mit Sport wie z. B. Schwimmen motiviert und positiv beeinflusst werden. Gründe, die gegen die Sanierung des Lernschwimmbades sprechen, sind vor allem finanzieller Natur.

Ich gehe nun auf diverse Fragen ein, die mir gestellt worden sind und die ich selber gestellt habe: Nein, es gibt keinen regionalen Richtplan für Sportstätten und somit sind keine Ausweichmöglichkeiten auf andere – vor allem städtische – Hallenbäder vorhanden. Diese sind sowieso überbelegt, denn die Stadt Bern hat den obligatorischen Schwimmunterricht eingeführt. Eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ist nicht vorhanden. Nach der Sanierung des Schwimmbades wird die Anlage in Niederwangen ausgelastet sein, vor allem dann, wenn der Schwimmunterricht obligatorisch erklärt wird. Die Gemeinde wird ein Konzept aufstellen in wel-

chem das Schwimmen als Schwerpunktfach angesiedelt wird. Vorgesehen ist Schwimmen ab der dritten Schulklasse, d. h. jedes Kind hat einmal in seiner Schulkarriere Schwimmen als Schwerpunktfach. Der Transport der Schulkinder von und nach Niederwangen muss so oder so sichergestellt werden, wie auch das Vorhandensein von ausgebildeten Schwimmlehrerinnen und -lehrern. Wird das Bad geschlossen, verliert der freiwillige Schulsport Schwimmen all seine Stunden, auch in der Freizeit und in den Ferien, denn wie bereits erwähnt, stehen keine Alternativen zur Verfügung. Die Bäder im Spiegel, im Heim Weissenstein und in der Sprachheilschule Wabern sind alle geschlossen. Ein Vergleich mit der zurzeit aktuellen Belegung gegenüber der Sanierung von Morgen: Neu wäre eine Mehrbenützung an den Wochenenden – ca. 16 Lektionen – möglich, aber nur mit offizieller Badeaufsicht. Das Bad ist zurzeit zwischen den Sommer- und Herbstferien geschlossen, der Schulsport und die Vereine könnten hier zusätzliche Kurse anbieten. Pro Woche könnten maximal 6 Lektionen mehr angeboten werden, d. h. für ca. 100 Personen.

Die Geschichte des Bades: Vor 10 Jahren ist ein Vorprojekt ausgearbeitet worden, das mit Sanierungskosten von ca. 2 Millionen Franken ± 20 Prozent rechnete. Der konkrete Antrag ans Parlament landete jedoch in der Schublade. Das Bad musste sogar geschlossen und dann teilsaniert werden. Der – nun abgetragene – Bilanzfehlbetrag von 12 Millionen Franken liess keine grössere Sanierung zu. Vor fünf Jahren wurden die vom Kanton geforderten Werte in Bezug auf den Chlorgehalt nicht mehr erreicht und es wurden Notmassnahmen ergriffen, die Kosten von 48'000 Franken auslösten, um das Bad in Betrieb zu halten. Betreffend dem Druck vonseiten des Kantons, dass das Bad schnellst möglich geschlossen werden muss, wenn es nicht saniert wird: Diese Korrespondenz habe ich gelesen. Mit Verfügung vom März 2010 sind neue verschärfte Werte einzuhalten. Schon seit längerer Zeit sind diverse Bauvorschriften verletzt, wie die fehlende Trennung der Chemikalienräume von den technischen Räumen und fehlende Fluchtwege. Aus diesem Grund kann der Betrieb stets nur auf Zusehen hin verlängert werden. Chlor und Säuren können hochgiftige Gase entwickeln und müssen deshalb neu in separaten Brandabschnitten gelagert werden. Die Gemeindeverwaltung hält fest, dass sie die Verantwortung ablehnt, das Bad in Betrieb zu halten, wenn das Vorprojekt und somit die Sanierung abgelehnt werden.

Zu den Finanzen: Die Sanierung des Lernschwimmbades ist unabhängig von den geplanten Schulhaussanierungen. Im IAFP sind für die Sanierung der Schulanlage Wandermatte in Wabern von 2013 bis 2015 6,5 Millionen Franken eingestellt, für das Lernschwimmbassin 2 Millionen in den Jahren 2012/2013, die restlichen ca. 1,5 Millionen Franken werden vom so genannten Sockelbeitrag genommen. Selbst wenn die Investitionen um 1 Million Franken zurückgefahren werden müssten, sollte es bis 2015 mit den dafür im IAFP eingestellten Beträgen aufgehen. Meine Erfahrungen als GPK-Mitglied zeigen, dass man sich stets auf die Aussagen der Mitarbeitenden der Abteilung Gemeindebauten verlassen kann. Die Betriebskosten können durch die Sanierung um 35 bis 40 Prozent reduziert werden, d. h. von 90'000 Franken auf ca. 60'000 Franken. Zu einem allfälligen Rückbau: Auch dafür müssen 300'000 bis 400'000 Franken eingesetzt werden. Die Gebäudehülle muss erneuert werden, sowie die gesamte Haustechnik und die Chemieanlagen. Die technischen Isolationen müssten rückgebaut und entfernt und die Böden totalsaniert werden. Auch die Lüftung muss entfernt werden.

Betreffend Nachhaltigkeit: Investitionen in die Sicherheit der Gebäude, auch in die Aula, die über dem Schwimmbad ist und bleiben wird, in die Energieeffizienz sowie in unsere Jugend und damit ein Ja zum familienfreundlichen Standortmarketing, sind nachhaltig. Schwimmen können steigert die Lebensfreude und die Lebensqualität. Schwimmen oder Nichtschwimmen in Lernschwimmbassin in Niederwangen, ist heute die Frage.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Ja- und 1 Nein-Stimmen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Ein Antrag auf Rückweisung des vorliegenden Antrags des Gemeinderats, verbunden mit der Forderung, eine Machbarkeitsstudie für eine verlängerte Sommernutzung des Schwimmbads Weiermatt mittels einer solarthermischen Anlage zu prüfen, ist mit 5 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme bei 2 Enthaltungen abgelehnt worden.

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP); Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich halte einige wichtige Diskussionspunkte stichwortartig fest: Schwimmen ist uns allen sehr wichtig. Viele Mitglieder unserer Fraktion haben das von Stephanie Staub-Muheim erwähnte Postulat unterzeichnet. Wir sind uns einig, dass im Raum Bern zu wenig Schwimmfläche vorhanden ist. Wir sind aber der Ansicht, dass im vorliegenden Geschäft zu wenig Alternativen geprüft worden sind. Die grössten Diskussionen hat das Kosten-/Nutzen-Verhältnis ausgelöst, das in der FDP-Fraktion nach wie vor sehr umstritten ist.

Die FDP-Fraktion hat sich deshalb für Stimmfreigabe entschieden.

Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP): In der CVP/EVP/GLP-Fraktion bezweifelt niemand, dass der Schwimmunterricht für Kinder wichtig ist und dafür Investitionen notwendig sind. Wir sind für die Erhaltung des Schwimmbetriebs für die Kinder der Gemeinde Köniz. Wir stimmen deshalb dem Planungskredit für die Sanierung des Schwimmbades in Niederwangen zu. Wir haben jedoch einige Fragen zum Geschäft, wozu in den Parlamentsunterlagen Angaben fehlen, vor allem Fragen zu möglichen Alternativen. Wie wäre es mit einer Angebotserweiterung im Freibad Weiermatt oder mit einer finanziellen Mitbeteiligung am Betrieb der Berner Hallenbädern? In der Zwischenzeit haben wir in Erfahrung gebracht, dass ein Winterbetrieb in der Anlage Weiermatt mit der Realisierung einer Traghalle nicht machbar und energetisch nicht sinnvoll ist, weil in Köniz viele Voraussetzungen für einen Winterbetrieb fehlen. Uns ist auch mitgeteilt worden, dass in Bern bereits zu wenig Platz für den Schwimmunterricht deren Kinder vorhanden ist und es zu lange dauern würde, auf den Neubau einer Halle in Bern zu warten. Unklar ist allerdings immer noch, wie eingehend die Verhandlungen mit Bern geführt worden sind. Vielleicht wäre die Stadt Bern mit einer grösseren finanziellen Unterstützung aus der Gemeinde Köniz gewillt, längere Öffnungszeiten vorzusehen. Wenn die Erwachsenen die Hallenbäder pro Tag durchschnittlich zwei Stunden länger besuchen könnten, wäre es eventuell möglich, sie eine Stunde länger für den Schwimmunterricht der Kinder zu reservieren. Wie wäre es mit einem ausgebauten Sommerbetrieb in der Badeanlage Weiermatt? Wenn die Kinder während mindestens 13 Schulwochen auf einen wetterunabhängigen Sommerbetrieb – z. B. des 25-Meter-Beckens – zählen können? Zudem würden davon nicht nur die Schulkinder profitieren, sondern damit würde die ganze Anlage Weiermatt aufgewertet.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Der Abstimmungssonntag hat einmal mehr einen Stadt-Land-Graben zutage gebracht. Die SP/JUSO-Fraktion hatte im vorliegenden Geschäft ebenfalls einen Graben, jedoch einen Graben zwischen SchwimmerInnen und NichtschwimmerInnen. Die SP/JUSO-Fraktion hat das Geschäft intensiv diskutiert und wird ihm mehrheitlich – aber nicht mit wehenden Fahnen – zustimmen. Die SP ist die Initiatorin des Postulats 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen". Das Lernschwimmbad ist deshalb für die Gemeinde Köniz sehr wichtig. Umso mehr sind wir erstaunt oder eher verärgert über den Umstand, dass der dringende Sanierungsbedarf seit Jahren bekannt ist. Offenbar ist über Jahre hinweg mit dem Kanton erfolgreich über jeweilige Verlängerungen der Bewilligung für die Offenhaltung des Lernschwimmbades auf Zusehen hin verhandelt worden. Das ist schön und gut. Jahrelang ist aber versäumt worden, in eine grundsätzliche Sanierung des Schwimmbads zu investieren. Das Beispiel Lernschwimmbad in Niederwangen zeigt klar und deutlich, dass ein Herunterschrauben von Investitionen nachhaltig schädliche Folgen für die Substanz von gemeindeeigenen Bauten hat. Wir baden hier im wahrsten Sinne des Wortes aus, was der Gemeinderat, aber auch das Parlament, mit entsprechenden Entscheidungen auf die lange Bank geschoben hat. Dass hier endlich gehandelt wird, ist für die SP/JUSO-Fraktion ein Argument für die Zustimmung zum Geschäft. Wir stehen nach wie vor dazu: Wir wollen, dass die Kinder der Gemeinde Köniz während ihrer Schulzeit mindestens ein halbes Jahr lang Schwimmunterricht geniessen können. Es ist wichtig, dass Kinder in jungen Jahren lernen können, sich im Wasser zu bewegen. Wenn ein Kind sein Leben aufgrund von Ertrinken im Wasser verlieren muss, weil es nie schwimmen gelernt hat, ist das äusserst traurig und vermeidbar. Wir Erwachsenen stehen hier in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Schwimmfähigkeit unserer Nachkommen gebildet wird. Aber ohne eine ganzjährig nutzbare Badinfrastruktur kann kein Schwimmunterricht erteilt werden. Das spricht ebenfalls für die Zustimmung zum Projektierungskredit. Andere Gemeinden haben keinen Platz für die Kinder der Gemeinde Köniz, auch die Gemeinde Mülchi nicht. Schwimmbadplätze sind überall heiss begehrt und ausgebucht. Wir müssen uns in diesem Bereich selber helfen. Als viertgrösste Gemeinde im Kanton Bern können wir die Lösung der Probleme nicht einfach auf andere abwälzen. Die Gemeinde Köniz braucht auch in Zukunft ein Lernschwimmbad. Selbst bei einem Verzicht auf die Sanierung kostet uns die Stilllegung ein Heidengeld und die Räume eignen sich nicht für eine andere sinnvolle Nutzung. Wollen wir im Untergeschoss des Schulhauses Niederwangen Geisterräume, die niemand nützen kann und die auch bei einer Stilllegung hohe Kosten auslösen? Auch diese Argumente sprechen für die Zustimmung zum Projektierungskredit.

Auch wir sehen einige Wolken am Horizont, die in den Augen der SP/JUSO-Fraktion gegen die Zustimmung zum Projektierungskredit sprechen: Die Lage des Lernschwimmbekens ist verkehrstechnisch ungünstig. Für die Umsetzung des Postulats werden viele Autokilometer nötig sein, weil die Kinder per Auto oder Schulbus nach Niederwangen gefahren werden müssen. Wäre in der Gemeinde Köniz eine zentraler gelegene Lösung möglich, wäre dies eine ökologi-

schere Variante. Zudem fehlt uns für die Umsetzung des "Schwimmpostulats" ein ausgereiftes Konzept. Wir wissen lediglich, dass dieses einiges kosten wird. Es stellt sich nun die Frage, ob wir mit dem Argument das "Schwimmpostulat" umzusetzen, viel Geld für die Sanierung des Lernschwimmbeckens in die Hand nehmen sollen. Dies ohne zu wissen, ob die Sanierung finanziell je umgesetzt werden kann. Wollen wir das nicht riskieren und sanieren nicht, kann unter Umständen das "Schwimmpostulat" nicht umgesetzt werden. Apropos Finanzierbarkeit: Die Gemeinde Köniz hat die Steuern gesenkt wie auch der Kanton und nun sind noch die Motorfahrzeugsteuern gesenkt worden. Damit ist die Gemeinde Köniz in der Bredouille; jetzt fehlt das Geld an allen Ecken und Enden und es geht nun darum, die Rechnung im Gleichgewicht zu halten. Genau zu diesem Zeitpunkt steht nun der Projektierungskredit an, an dessen Ende eine grosse Investition winkt, die eigentlich schon lange hätte getätigt werden müssen. Wir haben aber auch andere, mindestens so dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Die SP/JUSO-Fraktion denkt vor allem an jene Schulanlagen, die dringendst einer Gesamtsanierung bedürfen: Allen voran die Gebäude der Schulanlage Wandermatte in Wabern, die Schulanlage im Spiegel inklusive Kindergärten und die Schulanlage Buchsee in Köniz. Es kann und darf nicht sein, dass die notwendige Sanierung des Lernschwimmbeckens die notwendige Sanierung der Wandermatte torpediert.

Ich verlange deshalb namens der SP/JUSO-Fraktion eine klare Aussage des zuständigen Gemeinerats, dass die Sanierung der Wandermatte trotz der Sanierung des Lernschwimmbeckens zügig an die Hand genommen wird und dass in der Antwort auf die Interpellation 1011 "In die Schulhäuser Buchsee und Wandermatte investieren – zum Wohle der Schülerinnen und Schüler" festgehalten ist, dass der Zeitplan eingehalten werden kann.

Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP): Etwas erlernen, Fähigkeiten trainieren und ausbauen, gibt persönliche Sicherheit und Zufriedenheit. Davon profitiert nicht zuletzt unsere Gesellschaft. Etwas lernen fällt bekanntlich in der Kindheit und Jugendzeit leichter als im fortgeschrittenen Alter. Kurse für Kinder im Vorschulalter und der Schulsport sind geeignete und gute Mittel dafür. Um ein entsprechendes Angebot bieten zu können und die Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, ist eine entsprechende Infrastruktur notwendig. Mit dem Freibad Weiermatt verfügt die Gemeinde Köniz – jedoch nur während der Sommermonate – über eine gute und zweckmässige Anlage. Während des restlichen Jahres bietet das Lernschwimmbecken die einzige Möglichkeit, Schwimmunterricht auf Gemeindegebiet zu erteilen. Mit einer Ablehnung des Projektierungskredits für die dringend notwendige Sanierung der Anlage würde diese Möglichkeit wohl für immer verschwinden. Eine Sanierung würde auch in Zukunft die Möglichkeit geben, Kinder und Jugendliche im Schwimmen zu unterrichten, den Schulsport zu fördern und Erwachsenen ein breites Kursprogramm anzubieten. Das alles in einer Anlage, über welche die Gemeinde Köniz Bestimmungsrecht hat. Man wäre somit nicht abhängig von anderen Eigentümern und müsste nicht hinten anstehen.

Die notwendige Sanierung für den Weiterbetrieb der Anlage in Niederwangen wird bekanntlich nicht billig. Es handelt sich um eine grosse Investition und es ist kein Geheimnis, dass der finanzielle Unterhalt einer Schwimmanlage teuer ist. Trotz den geforderten Sparmassnahmen im Gemeindehaushalt macht unserer Meinung nach die Investition aber mehr als nur Sinn. Wir würden eine gute und wichtige Basis für einen Teil des Schulsports schaffen und den Kindern in unserer Gemeinde Nachhaltigkeit geben.

Gestützt auf diese Erläuterungen und Überlegungen stimmt die SVP-Fraktion dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP-Fraktion ist einheitlich für die Sanierung des Lernschwimmbeckens in Niederwangen. Alle Pro-Argumente sind von meinen Vorrednerinnen und –rednern bereits aufgezählt worden und deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung. Für die BDP-Fraktion ist wichtig, dass eine so grosse Gemeinde wie Köniz im Besitz eines eigenen Lernschwimmbeckens sein soll, um Schwimmunterricht anbieten zu können. Wir erachten eine Lösung mit der Überdeckung des Freibads Weiermatt als ungeeignet, zumal von Stephanie Staub-Muheim aufgezeigt worden ist, dass bereitgestellte Mittel ohne zusätzliche Budgetbelastung verwendet werden können. Uns erstaunte auch, dass der Zustand der Anlage heute so schlecht ist, dass der Besuch eine Zumutung bedeutet und der Betrieb vom Kanton eigentlich abgesprochen ist. Wir bitten die Verwaltung darauf zu achten, dass solche Objekte frühzeitig saniert und damit hohe Kosten vermieden werden.

Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne): Auch die Fraktion der Grünen hat intensiv diskutiert, nicht zuletzt über die Kosten. Die Fraktion ist grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, dem Projektierungskredit für die Sanierung des Schulbades Niederwangen zuzustimmen. Eines ist

für alle Fraktionsmitglieder klar: Wir wollen den Schwimmunterricht für die Schulkinder sichergestellt haben, entsprechend dem Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen". Es liegt auf der Hand, dass dafür die notwendigen Infrastrukturanlagen vorhanden sein müssen. Nicht für alle klar ist aber, ob dafür das Schwimmbecken in Niederwangen notwendig ist oder ob das Ziel auch auf einem anderen Weg erreicht werden könnte, z. B. mit einer längeren Nutzungsdauer des Freibads Weiermatt. Die Fraktion der Grünen möchte deshalb, dass der Gemeinderat prüft, ob mit einer solarthermischen Wassererwärmung die Schwimmsaison in der Weiermatt ausgedehnt werden könnte, was für eine Attraktivitätssteigerung der Anlage sorgen könnte. Für die Mehrheit der Fraktion spricht aber eine Saisonverlängerung des Weiermattbades nicht unbedingt gegen eine Sanierung der Anlage in Niederwangen. Im Gegenteil, langfristig könnte die Gemeinde Köniz für einen optimalen Schwimmunterricht sicher beides gebrauchen. Schon die Antwort auf das Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" hat gezeigt, dass rund zwei Drittel der Kinder den Schwimmunterricht in jenen Monaten besuchen, wenn es draussen zu kalt zum Baden ist, d. h. von Oktober bis April. Das habe ich auch mit meinen Kindern erlebt: Im Herbst und Winter besuchten sie jeweils einen längeren Schwimmkurs und konnten diese Kenntnisse im Sommer vertiefen und ergänzen. Das spricht für mindestens ein Indoor-Schwimmbad in der Gemeinde Köniz.

Die Sanierung kostet viel Geld und es ist unsicher, ob nicht noch mehr Kosten entstehen. Kosten lösen aber auch die Sanierungen anderer Sportanlagen aus: Die Ausgaben für die Sanierung von Fussballfeldern bewegen sich in Millionenhöhe. Während Fussballfelder vor allem von Knaben und Männern genutzt werden, werden die Badeanlagen mindestens ebenso oft von Mädchen, Frauen und Familien genutzt. Auch unter dem Gender-Aspekt sind Gelder für Badeanlagen oder Lernschwimmbekken sehr gut eingesetzt. Betrachtet man die Investitionen langfristig, sind sie als Bildungsausgaben sicher vertretbar und sie sind im Investitionsplan abgestützt. Wir gehen davon aus, dass die Anzahl Betriebswochen nach der Sanierung noch gesteigert werden kann, ja gesteigert werden muss. Insgesamt haben wir in der Vorlage einen Nachhaltigkeitsbericht vermisst, der bei einem Projekt dieser Grössenordnung in unseren Augen dazugehört. Wir erwarten diesen Bericht dann mit dem Ausführungsprojekt.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Mehrmals ist nun in der Diskussion gefragt worden, ob Alternativen vorhanden sind. Die Sanierung der Badeanlage in Niederwangen wird Kosten von 3,5 Millionen Franken \pm 20 Prozent auslösen. Es könnte aber auch sein, dass die Sanierung schlussendlich 4,2 Millionen Franken kosten wird. Deshalb sind wir der Meinung, dass die bereits mehrmals erwähnten Alternativen unbedingt zu prüfen sind. Ich schildere meine Vorstellungen: In der Badeanlage Weiermatt sollte der Schwimmunterricht der Schulen von den Frühlingsferien bis zu den Herbstferien durchgeführt werden können. Die Badeanlage Weiermatt hat diverse Vorteile: Sie ist verkehrstechnisch besser erschlossen als Niederwangen und es ist ein 50-Meter-Becken vorhanden. Ich habe meine Ideen mit der Abteilung Gemeindebauten abgeklärt und zu prüfen wäre, ob das 25-Meter-Schwimmbekken mit einem Glasdach überdeckt werden kann plus flexible Seitenwände, damit die Sonne das Wasser bereits im April aufwärmen könnte. Möglicherweise müsste das Wasser zusätzlich mittels Solarthermik aufgewärmt werden. Dafür wäre in der Weiermatt eine Änderung der Wasserverteilung notwendig und eine Anpassung in den Garderoben sowie mehr warme Duschen. Aus dem Stand heraus kann nicht festgestellt werden, ob dies machbar ist oder nicht. Das muss aufgrund einer Machbarkeitsstudie genauer betrachtet werden. Der grosse Vorteil wäre, dass nicht nur die Schulkinder davon profitieren würden, sondern alle Besucherinnen und Besucher der Weiermatt-Anlage. Allenfalls könnte eine Saisonverlängerung geprüft werden. Der grosse Vorteil wäre aber, dass der verlängerte Sommerbetrieb allein mit erneuerbarer Energie sichergestellt würde. Die Resultate einer solchen Machbarkeitsstudie würden auch dazu dienen, wie die Anlage in der Weiermatt verbessert werden könnte, auch wenn das Lernschwimmbekken in Niederwangen saniert wird. Es ist wichtig, dass Alternativen zur Verfügung stehen, wenn die Sanierung viel teurer zu stehen kommt als angenommen. Zurzeit ist ein dringliches überparteiliches Postulat im Umlauf, mit dem die Erarbeitung der von mir erklärten Machbarkeitsstudie gefordert wird.

Bernhard Bichsel (FDP): Gemäss Art. 6 Abs. 2 lege ich meine Interessenbindungen offen: Ich bin Mitglied des Schwimmklubs Bern. Dementsprechend bin ich für das Schwimmen und ich stehe nach wie vor hinter dem Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen". Die enorm hohen Kosten des Geschäfts stören mich aber. In meinen Augen sind zu wenige Alternativen geprüft worden, denn für 4 Millionen Franken lässt sich sehr vieles realisieren. Die Schulkinder sollen schwimmen lernen, aber ich will, dass dies mit der best möglichen Lösung geschehen soll. Ich werde deshalb dem vorliegenden Geschäft

einmal mehr zähneknirschend zustimmen, behalte mir aber vor, wenn das Projekt im Parlament beraten wird und die Kosten aus im Rahmen geraten, das Geschäft abzulehnen. Ich kann mich Hansueli Pestalozzi anschliessen und bitte Sie, das dringliche überparteiliche Postulat zu unterzeichnen. Wir haben diverse Alternativen betrachtet und sind der Meinung, dass uns hier eine kostengünstige mögliche Alternative vorliegt.

Barbara Thür (GLP): Ich spreche noch zu den von Bernhard Bichsel erwähnten Alternativen: Aus meiner Sicht ist nicht klar, wieso Bern keine längeren Öffnungszeiten für die Hallenbäder vorsieht, d. h. am Morgen bereits ab 06.00 Uhr. Ich habe die Information erhalten, dass zu wenig Personal für die Aufsicht vorhanden ist. Das ist aus meiner Sicht aber eine Geldfrage und nicht eine Frage von zu wenig Platz. Ein Hallenbad, das am Samstag und Sonntag bereits um 16.45 Uhr schliesst, ist Luxus. Hier könnten zusätzliche Reserven frei gemacht werden, das aber nur, wenn Bern bei der Finanzierung der längeren Öffnungszeiten unterstützt würde.

Ignaz Caminada (CVP): Wir haben nun oft gehört, dass im Antrag des Gemeinderats dieses und jenes nicht deutlich dargestellt worden ist. Wir müssen aber klar feststellen, dass ein Argument von sehr weit her geholt ist. In den letzten Tagen hat mich der letzte Abschnitt in Kapitel 2, "Bedürfnisnachweis" aus zwei Gründen beschäftigt. Ich zitiere: "Die Griechen haben früh erkannt, dass das Wasser als Bewegungsraum den Kindern während der Erziehung grundlegende Lernerfahrung geben kann, die an Land nicht möglich sind." Ich frage mich, welche Person aus dem Gemeinderat oder der Verwaltung es wohl sein kann, die sich in der Freizeit mit den Griechen beschäftigt. Es ist doch eindrücklich, wenn bereits die Griechen den Bedürfnisnachweis für die Sanierung des Lernschwimmbeckens in Niederwangen gesehen haben. Ich bin zu keinem Schluss gekommen, wer der Initiator dieser Schlussanalyse sein könnte. So habe ich einen anderen Weg gewählt und dort bin ich schnell fündig geworden: Auf der Internetseite "Das Gesundheitsportal.be" fand ich buchstabengetreu den ganzen Abschnitt wieder. Auf dieser Internetseite sind zahlreiche mehr oder weniger nützliche und historische Analysen zu finden. So wird beispielsweise die Frage, ob die Astrologie überhaupt Wissenschaft oder eher Aberglaube ist, wie folgt beantwortet: "Diese Frage ist nicht wirklich geklärt. Fest steht allerdings, der Einfluss der Astrologie ist enorm. Schon Dschingis Khan richtete sich nach den Vorhersagen seiner Astrologen und beendete 1226 seine Kriege, da Jupiter demnächst an Saturn vorbeiziehen sollte und dies als schlechtes Omen galt, die Sterne also schlecht standen." Vielleicht hätte der Gemeinderat im letzten Herbst zuerst die Astrologie zu Hilfe nehmen sollen, um im Voraus festzustellen, dass der 15. November 2010 kein idealer Tag für eine Budgetdebatte ist. Falls die nun kommende Schlussabstimmung erfolgreich sein wird, komme ich bezüglich dem zweiten Grund über die gemeinderätliche Analyse zum Schluss, dass wir künftig beim Bedürfnisnachweis immer wieder auf unsere Vorfahren zurückgreifen sollten. Das garantiert den Erfolg. Ich schlage vor, dass wir konsequenterweise bei jeder Steuerrechnung unseren Einwohnerinnen und Einwohnern im Begleitbrief einen Bedürfnisnachweis zur Begleichung der Steuerschuld mittels einem Bibelzitat erklären. Im Mathäusevangelium Kapitel 22, Vers 21, antwortet Jesus auf die Fangfrage klar und deutlich: "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist." Wir müssten dann nicht jedes Jahr uneinbringliche Steuern zu Lasten der Rechnung abschreiben und würden finanziell viel besser dastehen. Da die Steuern aber in die kantonale Hoheit gehören, schlage ich vor, dass unsere Grossrätinnen und Grossräte einen entsprechenden Vorstoss einbringen.

Barbara Perriard (FDP): Ich wollte mich hier eigentlich nicht zu Wort melden, der Verlauf der Debatte lässt mir aber nichts anderes übrig. Ich bin im Kanton Baselland aufgewachsen, in dem viele Hallenbäder existieren und Schwimmen war während meiner Schulzeit obligatorisch. Ganz persönlich: Einige meiner besten Freizeitstunden verbrachte ich im Hallenbad. Ich möchte, dass die Kinder der Gemeinde Köniz diese Möglichkeit auch haben und empfehle Ihnen deshalb, dem Antrag des Gemeinderats vorbehaltlos zuzustimmen.

Martin Graber (SP): Auch ich stamme aus dem Kanton Baselland und habe das Schwimmen im obligatorischen Unterricht erlernt. Das war für mich sehr wichtig und machte Spass. Das 25-Meter-Becken des Hallenbads konnte auch in der Freizeit besucht werden und ist nicht ganz vergleichbar mit der etwas grösseren "Badewanne" in Niederwangen. Ich lege meine Interessen offen. Ich bin Rettungsschwimmer. Trotzdem kann ich dem Kreditantrag des Gemeinderats nicht zustimmen. Schwimmen lernen ist wichtig. Ich bin aber der Meinung, dass die Alternativen zum vorliegenden Geschäft zu wenig geprüft worden sind. Ich denke, es würde den Schulen mehr bringen, wenn das Schwimmbad Weiermatt von den Frühlingsferien bis zu den Herbstferien benützt werden könnte.

Christoph Salzmann (SP): In der GPK ist die hier mehrmals angetönte Alternative der Überdachung mittels eines Tragdaches diskutiert worden und wahrscheinlich wird die Prüfung ergeben, dass auch diese nicht so einfach machbar ist. Ich stimme dem Kreditantrag des Gemeinderats zu, dies aber mit einem "Würgen im Hals". Christian Roth hat bereits angetönt, dass diverse dringende Sanierungen von Schulanlagen anstehen. An und für sich haben wir die Zusage erhalten, dass die Sanierung der Schulanlage Wandermatte realisiert werden soll. Es steht aber ein Stabilisierungsprogramm im Haus. Wenn es dem Gemeinderat oder der künftigen Finanzkommission in den Sinn kommen könnte, die Investitionsquote aufgrund des Stabilisierungsprogramms um 1 bis 2 Millionen Franken zu reduzieren, ist etliches gefährdet. In diesem Sinn appelliere ich dafür, die Investitionsquote weiterhin bei 12 Millionen Franken zu belassen.

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich lege meine Interessen offen: Ich gehöre zu den regelmässigen Besucherinnen von Aquagym-Kursen im Schwimmbecken Niederwangen. Jahrelang habe ich auch Schwimmkurse im Schulschwimmen gegeben. Martin Graber ist der Meinung, dass das Schwimmbecken in Niederwangen nicht mehr als eine "grössere Badewanne" sei. In einer solchen Umgebung aber Schwimmunterricht zu geben ist sehr gut, weil man hier viel leichter die Übersicht behält. Zum offenen Schwimmbad Weiermatt: Im Sommer sind die Temperaturen während der Unterrichtsstunden sehr oft bei 17 oder 18 Grad und es ist dann nicht einfach, Schwimmunterricht durchzuführen. Auch ich habe mich bei der Gemeindeverwaltung im Zusammenhang über die Frage der Überdachung des 25-Meter-Beckens erkundigt und mir wurde mitgeteilt, dass die einzelnen Becken untereinander verbunden sind.

Die Parlamentspräsidentin hat in ihrer Antrittsrede erklärt, dass sie das Jugendparlament stärker miteinbeziehen wolle. Ich muss mich hier entschuldigen: Ich als GPK-Referentin habe vergessen, Rücksprache mit dem Jugendparlament zu nehmen. Über das Wochenende habe ich noch nachgefragt und das Feedback erhalten, das Lernschwimmbecken in Niederwangen solle saniert werden. Die von mir angefragten Jugendlichen haben alle dort Schwimmen gelernt und diese Zeit als toll in Erinnerung behalten. Deshalb bitte ich Sie, dem Projektierungskredit zuzustimmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke zuerst für die relativ gute Aufnahme des Geschäfts. Ich danke auch den Fraktionen, die sich intensiv mit dem vorliegenden Geschäft auseinandergesetzt haben. Das ist sehr wichtig. Gemeinderat Urs Wilk wird sich zur baulichen Seite äussern und ich mich zum pädagogischen Teil.

In verschiedenen Voten ist angetönt worden, sich in den Hallenbädern der Stadt Bern einzukaufen. Ich versichere Ihnen, dass wir diese Möglichkeit zusammen mit dem Sportamt Bern geprüft haben. Die Stadt Bern ist nicht interessiert und kann unsere Schulkinder für den obligatorischen Schwimmunterricht schlichtweg nicht aufnehmen. Wir haben eine klare Absage erhalten. Weitere Verhandlungen sind möglich, aber in der Stadt Bern muss der obligatorische Schwimmunterricht durchgeführt werden und ein Einkauf in die Berner Hallenbäder wäre nicht billig zu haben. In den nächsten zwei bis drei Jahren muss die Stadt Bern ausserdem drei ihrer Hallenbäder sanieren, was die ganze Sache nicht einfacher macht.

Zum Standort des Schwimmbades in Niederwangen: Ich gebe Christian Roth dahingehend Recht, dass es verkehrstechnisch nicht günstig liegt. Daran können wir aber nun einmal nichts ändern. Wird der obligatorische Schwimmunterricht eingeführt, müssen die Schulkinder nach und von Niederwangen transportiert werden. Die Frage wurde gestellt, weshalb noch kein Konzept besteht. Das Parlament hat das Postulat 0723 "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" erheblich erklärt. Der Gemeinderat hat in der Antwort auf den Vorstoss festgehalten, dass der Kanton prüft, den obligatorischen Schwimmunterricht in den Lehrplan aufzunehmen. Uns wurde eine Antwort im 2010 zugesichert, diese ist aber bis heute nicht eingetroffen. Ein Konzept zu erstellen, alles vorzubereiten, wenn es dann schlussendlich nicht brauchbar ist, weil das Parlament den Kreditantrag heute ablehnt, ist für die Schublade gearbeitet. Die Frage stellt sich, was wir zuerst wollen: Das Huhn oder das Ei. Das Konzept wird dann erarbeitet, wenn das Parlament dem Kredit für die Sanierung des Lernschwimmbeckens in Niederwangen zustimmen wird.

Zu Liz Fischli: Ich möchte nicht SchwimmerInnen gegen Fussballerinnen ausspielen. Auch Frauen spielen heute vermehrt Fussball.

Zu Ignaz Caminada: Ich habe seinem Votum gerne zugehört. Es gibt das Sprichwort: "Schon die alten Griechen haben gesagt". Man kann darüber diskutieren, ob die Erklärung für den Bedürfnisnachweis von weit her geholt ist oder nicht. Die alten Griechen haben nicht nur Unrecht gehabt. Unter vier Augen werde ich Ignaz Caminada persönlich mitteilen, wer dieses Zitat verfasst hat.

Ich bitte Sie, dem Projektierungskredit gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Die angeregte Diskussion macht mir Freude. Ich nehme die Kritik, dass das Geschäft etwas spät vorgelegt wird, als Vorsteher der betroffenen Direktion Sicherheit und Liegenschaften auf mich. Wenn der Antrag für den Projektierungskredit vom Parlament abgelehnt wird, muss das Bad innert kürzester Frist geschlossen werden. Es gibt keine Alternative. Für den Bau eines neuen Schwimmbekens müssen mindestens doppelt so viele Mittel aufgewendet werden. In Niederwangen besteht ein Lernschwimmbekens, bei dem vor allem die Technik totalsaniert werden muss. Ich bin gespannt auf den Text des überparteilichen Vorstosses und ich verspreche Ihnen, dass ich – sollte das Postulat erheblich erklärt werden – alles daran setzen werde, dass es im Dezember 2011 zusammen mit dem Antrag über den Ausführungskredit beantwortet wird. Diverse Stimmen haben erklärt, dass die Sanierung des Lernschwimmbekens infolge der Ungenauigkeit von $\pm 20\%$ bei der Kostenschätzung mehr als 4 Millionen Franken kosten könnte. Sollte während der Projektierung festgestellt werden, dass die Sanierung mehr als 4 Millionen Franken kostet, werden wir rechtzeitig eingreifen. Wir werden dafür besorgt sein, dass die Sanierung zum jetzt genannten Preis von 3,5 Millionen Franken realisiert wird.

Die Angst, dass die anderen vorgesehenen Sanierungen der Schulanlagen Wandermatte oder Spiegel, nicht realisiert werden, weil die Sanierung des Lernschwimmbekens zu teuer ist, ist unbegründet. Dies auch dann, wenn sich der Gemeinderat für eine Senkung der Investitionsquote entscheiden sollte. Die Sanierungen werden vorgenommen, weil wir zu unserer Infrastruktur Sorge tragen müssen. Bei einer allfälligen Senkung der Investitionsquote kann höchstens eine minime zeitliche Verschiebung der Fall sein. Wenn notwendig, können vielleicht sogar Mittel aus den vorgesehenen Investitionen für Strassensanierungen abgezweigt werden. Ich bitte Sie, dem Projektierungskredit zuzustimmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich gebe eine Ergänzung in Bezug auf die Schulanlage Wandermatte bekannt: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom letzten Mittwoch entschieden, für die Sanierung der Schulanlage Wandermatte einen Wettbewerb auszuschreiben.

Beschluss

Für die Projektierung Lehrschwimmbad Niederwangen wird ein Kredit von Fr. 277'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.503.1676 bewilligt.
(abgegebene Stimmen: 30 dafür, 3 dagegen, 3 Enthaltungen)

4. Schaffen einer parlamentarischen Finanzkommission - Reglement

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

Wahl von sieben Mitgliedern gemäss Proporzschlüssel 2010-2013

0838 Motion (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Das Traktandum besteht aus drei Teilen: Zuerst wird über das Reglement beraten, dann erfolgt die Wahl der Kommission und schliesslich wird über die Abschreibung der auslösenden Motion entschieden. Mit den Sitzungsakten sind Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden, wie auch der Entwurf des Reglements. Wir gehen wie folgt vor: Nach dem GPK-Referat folgen die Voten der Fraktionen und der EinzelrednerInnen. Anschliessend folgen die Detailberatung über das Reglement und die Abstimmung darüber. Zum Schluss erfolgen die Wahl der Finanzkommissionsmitglieder und die Abstimmung über die Abschreibung.

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Am 16. August 2010 hat die GPK den ersten Entwurf des Gemeinderats über das "Reglement für die Finanzkommission" beraten. Bevor der Gemeinderat auf das Reglement eingegangen ist, hat er sich entschlossen, einen Schritt rückwärts zu machen, grundsätzliche Überlegungen anzustellen und zu prüfen, was das eigentliche Anliegen der Motion ist und in welchen Strukturen es umgesetzt werden kann und soll. Für diese Beratungen ist der Rechtsexperte des Verbands Bernischer Gemeinden (VBG), Herr Daniel Arn, eingeladen worden. Verschiedene Reglemente für Finanzkommissionen anderer Gemeinden sind geprüft und diverse organisatorische Varianten diskutiert worden. Der Vorstosstext vom 8. Dezember 2008 ist offen formuliert, er verlangt einzig ein Reglement zur Schaffung und Ausgestaltung einer Finanzkommission und eine allfällige Anpassung des Geschäftsreglements

des Parlaments. Damit ist klar gesagt, dass keine Änderungen der Kompetenzregelungen zwischen Gemeinderat und Parlament erfolgen sollen, die eine Änderung der Gemeindeordnung und damit eine Volksabstimmung bedingen würden. Im Vorstoss sind in den Begründungen einige Aufgaben skizziert. Einige davon würden jedoch Kompetenzverschiebungen zwischen Parlament und Gemeinderat voraussetzen. Anlässlich der Parlamentsdiskussion ist sowohl vom Gemeinderat, dem Motionär und den übrigen Votanten nochmals klargestellt worden, dass die Finanzkommission sich innerhalb der geltenden Gemeindeordnung bewegen soll. Sie soll sich mit finanzstrategischen Fragen befassen, d. h. sie übernimmt die Vorberatung von Rechnung, Budget und IAFP für die GPK, die Vorberatung zuhanden des Parlaments und begleitet den Budgetprozess sowie andere wichtige Finanzgeschäfte wie z. B. Finanzstrategien, Sanierungs- und Stabilisierungsprogramme des Gemeinderats. In dem Sinn soll, wie Mark Stucki damals formuliert hat, die Finanzkommission Sparringpartner des Gemeinderats sein. Im Boxen steckt der Sparringpartner die Prügel ein, damit sich der Star für den Ring vorbereiten kann. Die GPK hat verschiedene Organisationsformen diskutiert: Eine Finanzkommission auf derselben Ebene wie die GPK; eine der GPK untergeordnete Kommission; eine Erweiterung der Aufgaben der GPK, d. h. die Begleitung des Budgetierungsprozesses und schliesslich die Schaffung von Fachkommissionen für alle fünf Direktionen. Im Sommer 2010 hat die GPK dem Gemeinderat empfohlen, die Kommission, wie im ersten Reglementsentwurf des Gemeinderats angedacht, dem Parlament direkt zu unterstellen. Das Reglement soll schlank sein, die Abläufe sollen sich an denjenigen der GPK orientieren. Die Aufgabe des Begleitens soll im Reglement besser abgebildet werden als im ersten Entwurf vorgesehen. Die Kenntnisnahme der Controllingberichte der Legislaturziele sollen aber bei der GPK bleiben, weil diese mehrheitlich sachliche Inhalte haben. Ebenfalls bleiben die Kreditgeschäfte bei der GPK, wie in der dazumaligen Parlamentsdebatte angetönt worden ist.

Die GPK stellt mit Genugtuung fest, dass ihre Anliegen in einem Ihnen nun vorliegenden zweiten Entwurf aufgenommen worden sind. Die GPK stellt zwei Ergänzungsanträge, die Ihnen ebenfalls in schriftlicher Form vorliegen.

Der erste Antrag beinhaltet in Art. 2 den neuen Abs. 3 *"Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre"* und macht somit den bisherigen Abs. 3 zu Abs. 4. Die Amtsdauer beträgt somit, gleich wie in der GPK und der KSF- den anderen beiden Kommission mit Aufsichtsfunktion – zwei Jahre.

Der zweite Antrag betrifft eine Ergänzung der Bestimmungen über die Sitzungen. Diese sollen analog Art. 11 der GPK festgehalten sein, wo die Anwesenheit bzw. Nichtanwesenheit von Dritten oder dem Gemeinderat bei Diskussionen geregelt sind. In Art. 8 des Reglements über die Finanzkommission werden die neuen Abs. 3: *"Das Präsidium legt fest, wie weit die Beratung in Anwesenheit von Dritten erfolgt."*, und Abs. 4: *"Abstimmungen erfolgen offen und ausschliesslich in Anwesenheit der Mitglieder der Finanzkommission und der Protokollführerin oder des Protokollführers. Das Präsidium stimmt mit und gibt bei Stimmgleichheit den Stichentscheid"*, geschaffen. Die GPK hat kurz darüber diskutiert, ob die GPK noch gerechtfertigt ist, wenn die Finanzkommission geschaffen wird. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat in einer Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht 2004 – 2007 zur KSF angekündigt hat, dass bei der Evaluation des IAFP die Fragen von Sachkommissionen bzw. die Weiterführung der KSF nochmals betrachtet werden. Spätestens dann sollte sich das Parlament Gedanken über das Schicksal der Kommission machen.

Ein letztes: Zum Prüfauftrag eines Geschäfts gehört auch die Prüfung von möglichen finanziellen Konsequenzen. Wenn die Finanzkommission zehnmal pro Jahr tagt, wird das rund 5'000 Franken an Sitzungsgeldern auslösen. Die Kosten für die Protokollierung lassen sich noch nicht abschätzen. Die Finanzkommission wird bestimmen müssen, ob sie gemäss Art. 26 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments mehr als ein Beschlussprotokoll wünscht. Je nach dem ist eine Aufstockung in der Fachstelle Parlament notwendig. Der Aufwand für den Gemeinderat und für die Verwaltung lassen sich nicht beziffern, sie leisten dies innerhalb ihres Arbeitspensums. Was stattdessen liegen bleiben wird, wird sich zeigen.

Fazit: Die GPK beantragt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, das vorliegende Reglement über die Finanzkommission mit den beiden Ergänzungen zu Art. 2 und Art. 8 anzunehmen. Wenn Sie der Empfehlung der GPK folgen, bleibt mir nichts anderes übrig, als der Finanzkommission viel Glück bei ihrer Arbeit zu wünschen.

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst die Schaffung der Finanzkommission. Es wird sich damit um jene Kommission handeln, die in den nächsten Jahren ihre Arbeit nicht suchen muss. Wir sind überzeugt, dass die Finanzkommission ihre Arbeit sehr gewissenhaft vornehmen wird und es dort nicht um politische Interessen, sondern um Sachfra-

gen und Finanzen gehen muss. Ein Wort zum Reglement: Den neu formulierten Absätzen in den Art. 2 und 8 wird die SVP-Fraktion einstimmig zustimmen. Es ist für uns klar, dass die Finanzkommission gleich wie die GPK gewählt werden muss, d. h. dreimal für jeweils 2 Jahre.

Fraktionssprecher Mark Stucki (SP¹): Heute ist es so weit: Die Finanzkommission wird zur Welt kommen. Es ist ein Kind, für welches wir Freisinnigen gerne die Vaterschaft in Anspruch nehmen. Der Gemeinderat ist die manchmal etwas widerstrebende Mutter und das Parlament wirkt als Hebamme. Wie es bei Kindern so ist: Man ist stolz, hat gleichzeitig aber auch Bedenken und vielleicht etwas Kummer. Wir sind davon überzeugt, dass eine Gemeinde von der Grösse von Köniz eine parlamentarische Kommission braucht, die sich gezielt und vertieft mit den komplexen Finanzgeschäften beschäftigt. Es ist auch eine Frage von gleich langen Spiesen zwischen Parlament, Gemeinderat und Verwaltung. Als Urheber der Motion, der die Schwangerschaft ausgelöst hat, erschrak ich stets, wenn ich in den letzten Monaten im Parlament stets zu hören bekam, wie die Finanzkommission das Patentrezept gegen alle finanzpolitischen Probleme, das Zaubermittel gegen jede Uneinigkeit zwischen Parlament und Gemeinderat, der Bannspruch gegen brachiale Finanzpolitik, wie im letzten Herbst, sein soll. Projizieren Sie nicht zu viel Ehrgeiz in dieses Kind; das alles kann und will die Finanzkommission nicht sein. Beim Betrachten des Reglementsentwurfs wird dies schnell klar. Es ist zu Recht ein schlankes Reglement, das sich eng an die GPK anlehnt. Es scheint deshalb durchaus sinnvoll, in Art. 2 die Anlehnung auch bezüglich Amtszeit vorzunehmen. Es ist ein Reglement, das in Art. 4 auf einem Kompromiss beruht, den wir seinerzeit bei der Annahme der Motion eingegangen sind. Wir sind davon ausgegangen, nicht in die grundsätzliche Kompetenzordnung gemäss übergeordnetem Recht eingreifen zu wollen. Die Kompetenz zur Budgeterstellung liegt beim Gemeinderat und das Parlament bewilligt. Es kann nicht die Finanzkommission sein, die das Budget erstellt oder direkt in den Prozess eingreift. Die Kommission soll diesen Prozess aber begleiten und kann so sowohl im Parlament als auch im Gemeinderat die Entscheidungsfindung frühzeitig mitbeeinflussen. Dafür ist vor allem der Wille zum Zuhören, zum Lernen und zum Zusammenarbeiten nötig. Das kann in keinem Reglement stehen. In Art. 5 werden die Aufgaben betreffend IAFP formuliert. Ich war seinerzeit Mitglied in der vorberatenden Kommission zum IAFP. Heute muss ich feststellen, dass dieses Instrument die Erwartungen noch nicht voll erfüllt, nicht zuletzt vermutlich aufgrund der Komplexität. Hier scheint es richtig, die Finanzkommission arbeiten zu lassen, dies in der Hoffnung, dass es ihr gelingt, die Verknüpfung zwischen IAFP und Budget zu leben. Konsequenterweise ist auch, dass die Finanzkommission Planungsbeschlüsse einbringen können wird, damit könnte das Parlament die Finanzen endlich strategisch mitsteuern. Nicht sehr glücklich ist die FDP-Fraktion über Art. 7 des Reglements, der schon mit dem Begriff "allgemein" in der Allgemeinheit bleibt und wo wir vermuten, dass er über kurz oder lang zu Problemen auch zwischen den Kommissionen führen könnte. Ich verzichte heute auf einen Änderungsantrag. Wir sind bereit, erste Erfahrungen zu sammeln. In Art. 8 begrüssen wir den Änderungsantrag der GPK.

Mit diesem Reglement kann die Finanzkommission mit ihrer Arbeit beginnen; sie kann aber keine Wunder wirken. Die Finanzkommission wird mit existierenden Instrumenten ausgestattet, die auch bis jetzt im Parlament und in der GPK zur Verfügung standen. Neu steht ein spezialisiertes Gremium zur Verfügung. Ein Gremium ist jedoch immer abhängig von der Qualität und vom Engagement seiner Mitglieder. Sie werden es sein, die den Buchstaben des Reglements mit Leben füllen müssen. Der Gemeinderat wird es sein, der auf die Kommission zugehen muss. Die Kommission muss notfalls auf die Informationsrechte gemäss Geschäftsreglement des Parlaments Art. 7 zurückgreifen.

Die FDP-Fraktion unterstützt das Reglement mit den erwähnten Anpassungen. Wir sind stolz, dass wir hier ein zentrales politisches Anliegen umsetzen konnten. Weder für uns noch für die Gemeinde ist es aber Anlass, bei der Geburt die Korken knallen zu lassen. Wir kennen alle die auf uns zukommenden finanzpolitischen Probleme. Wir und die neue Finanzkommission müssen zuerst beweisen, dass ein konstruktiver Beitrag möglich ist.

Nach 26 Monaten Schwangerschaft kann die Motion heute abgeschrieben werden.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): In Abwandlung eines geflügelten Wortes sage ich: "Was lange währt, könnte endlich gut werden." Die CVP/EVP/GLP-Fraktion begrüsst die Bildung der Finanzkommission und unterstützt die Änderungsanträge der GPK voll und ganz. Das geänderte Reglement entspricht unseren Vorstellungen. Es ist nun die Aufgabe der Kommissionsmitglieder, zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung die ideale Ausgangsposition des Reglements in die konkrete Arbeit umzusetzen. Im Vorfeld ist die Finanzkommission oft

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

mit der GPK verglichen worden. Das ist auch richtig so. Die Finanzkommission wie auch die GPK nehmen uns nicht die Verantwortung ab, sondern Spezialisten bereiten die einzelnen Geschäfte zuhanden des Parlaments vor. Wir Parlamentsmitglieder können uns dann auf die fundierten Analysen eines Fachgremiums abstützen. Im Vorfeld ist viel über das Präsidium der Finanzkommission geschrieben worden. Wie häufig soll es wechseln und welche Parteien dürfen, können das Präsidium stellen? Die CVP/EVP/GLP-Fraktion begrüsst, dass das Präsidium alle zwei Jahre neu besetzt wird und dass die Amtszeit für die Mitglieder analog der GPK auf sechs Jahre begrenzt ist. Bei uns haben zwei Äusserungen jedoch für Verwirrung gesorgt. Die SP hat am 26. Januar 2011 in einem Mail geschrieben, dass jene Partei, zu welcher der Direktionsvorstand gehört, nicht das Präsidium der Finanzkommission übernehmen soll. In der KSF ist dies aktuell jedoch der Fall und ich als KSF-Mitglied hatte nie den Eindruck, hier Gegensteuer geben zu müssen. Der Präsident oder die Präsidentin soll nicht in Geheimverhandlungen mit dem Gemeinderat unverrückbare Vorentscheide fällen, sondern die ganze Kommission übernimmt die Arbeit gemeinsam. Die zweite Äusserung betrifft folgende Passage im Mail: "Dass sich die Finanzkommission in organisatorischen Fragen so weit sinnvoll an der GPK orientiert, z. B. in der Frage des Präsidiums." Führe ich die vorhergehende Äusserung weiter, würde dies konkret bedeuten, dass das Präsidium der Finanzkommission alle zwei Jahre zwischen der SVP und der FDP wechselt und die SP nicht mittun kann. Das Präsidium der GPK wird bekanntlich zwischen den drei "grossen" Parteien aufgeteilt. Vielleicht ist die heutige Diskussion ideal, um die historische Aufteilung angesichts der neuen Stimmenverhältnisse innerhalb des Parlaments einmal zu überdenken. Die drei "grossen" Fraktionen haben total 25 Sitze und die drei "kleinen" deren 15. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion schlägt vor, dass die Fraktionspräsidien möglichst schnell eine Lösung suchen, damit die drei Kommissionspräsidien auf möglichst alle Fraktionen verteilt werden. Rein mathematisch gesehen wählen wir pro Legislatur dreimal zwei Kommissionspräsidien für die GPK, die KSF und die Finanzkommission.

Ich nütze die Gelegenheit, um ein weiteres Thema an die Fraktionspräsidentenkonferenz zu bringen: Seit sehr langer Zeit besteht das ungeschriebene Gesetz, dass beim Parlamentspräsidium die "Kleinen" alle vier Jahre eine Person stellen können. Da in der Zwischenzeit bereits drei "kleine" Parteien im Parlament bestehen, dauert es ganze 12 Jahre, bis jede kleine Partei einmal die ehrenvolle Aufgabe des Parlamentspräsidiums übernehmen kann. In der gleichen Zeitspanne hätte die FDP das Präsidium dreimal stellen können, obwohl sie nur zwei Sitze mehr hat als jede der so genannt kleinen Parteien. Auch hier wäre es endlich an der Zeit, eine Diskussion zur Könizer Zauberformel zu führen.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Heute, am Valentinstag, überreiche ich Gemeindepräsident Luc Mentha rhetorisch ein Sträusschen für das Reglement, über das wir heute befinden dürfen. Herzlichen Dank für das vorliegende Reglement über die Finanzkommission. Die BDP-Fraktion hatte zwar zu Beginn der Diskussionen gewisse Bedenken, die jedoch ausgeräumt werden konnten. Nachdem wir uns mit dem Gemeinderat, der Verwaltung und dem Motionär in Verbindung gesetzt haben, konnten unsere Bedenken über Bord geworfen werden. Wir stehen auch hinter den Änderungsanträgen, die vom GPK-Referenten angebracht worden sind. Diese scheinen uns sinnvoll.

Die BDP-Fraktion wird dem Reglement einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köniz ist einstimmig für die Schaffung einer eigenständigen Finanzkommission. Wir stimmen dem Reglement zu und unterstützen die Änderungsanträge der GPK zu den Art 2 und 8. Wir stimmen der leichten Verlängerung der ersten Amtsdauer bis zum Ende der laufenden Legislatur zu. Die vorgeschlagene Entflechtung der Arbeiten von GPK und Finanzkommission scheinen uns vernünftig und die Entlastung der GPK sinnvoll.

Da die Motion klar erfüllt ist, stimmen wir der Abschreibung zu.

Ich bin mir bewusst, dass die Finanzkommission die Welt nicht besser machen wird, trotzdem habe ich die Hoffnung, dass die Budgetdebatte dank der Kommission versachlicht wird und uns die für Könizer Verhältnisse doch heftigen Debatten erspart bleiben. Die Finanzkommission kommt zudem gerade rechtzeitig für die Begleitung des wichtigen Stabilisierungsprogramms. Die Kommissionsmitglieder und damit auch das Parlament werden in Zukunft mehr und besser über die Finanzen von Köniz Bescheid wissen. Das gibt dem Parlament gegenüber dem Gemeinderat auch mehr Gewicht bei solchen Geschäften, was richtig und wichtig ist. Es bedeutet für uns Parlamentsmitglieder aber auch mehr Arbeit, auf die ich mich aber freue. Betreffend Präsidium: Zurzeit haben wir keinen Anspruch auf die Besetzung des Präsidiums. Das wird aber in Zukunft nicht so bleiben und ich bin froh über den Vorschlag von Ignaz Caminada, eine

Fraktionspräsidentenkonferenz einzuberufen, weil die alten Verteilschlüssel vom Proporz her nicht mehr gültig sind.

Hugo Staub (SP): Ignaz Caminada hat mich etwas stark interpretiert. Die SP/JUSO-Fraktion will nicht für immer und ewig auf das Präsidium der Finanzkommission verzichten. Wie aber Mark Stucki dargelegt hat, sind nicht wir der Vater der Finanzkommission und wir haben mit Christoph Salzmann den GPK-Präsidenten in unseren Reihen. In dieser Situation schien es uns angemessen, für dem Moment zurückzustehen.

Das Parlament ist seit Jahren auf der Suche nach Möglichkeiten, die wichtigsten Finanzgeschäfte der Gemeinde in eine einfacher erfassbare und besser verständliche Form zu bringen und die Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments zu verbessern. Mit dem IAFP konnte auf dieser Suche ein wichtiger Schritt gemacht werden. Wir müssen aber auch feststellen: Wären alle beim Start der Erarbeitung des IAFP vorhandenen Erwartungen erfüllt worden, müsste heute keine Finanzkommission eingesetzt werden.

Das Reglement über die Finanzkommission steht nun zur Diskussion. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Schaffung der Finanzkommission; sie stimmt dem Reglement mit den von der GPK vorgeschlagenen Änderungen zu. Als Mitglieder der Finanzkommission schlugen wir aus unseren Reihen Martin Graber und mich selber vor.

Wir sind gespannt, wie viel weiter uns diese Kommission auf der eingangs geschilderten Suche bringen wird. Unsere Erwartung ist, dass der finanzpolitische Handlungsbedarf und die Handlungsspielräume dank der Finanzkommission künftig nicht aus Hoffnungen und Befürchtungen, und auch nicht aus Missverständnissen und Behauptungen hergeleitet werden, sondern aus Fakten, offengelegten Annahmen und aus konstruktiven Diskussionen. Die Finanzpolitik wird, auch wenn das gelingt, nicht einfacher – ganz im Gegenteil – sie wird aber anspruchsvoller und auf diese Arbeit freuen wir uns.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich danke für die sehr positive Aufnahme des Reglements. Mir bleibt nur noch, zu einem schnellen Schluss zu kommen. Ich unterstreiche das Votum von Mark Stucki, dass es richtig ist, nicht zu viel in die Finanzkommission hinein zu interpretieren. Die Finanzkommission kann, wie auch der Gemeinderat nicht, keine Wunder bewirken, wenn das Geld fehlt. Es ist aber richtig, wenn ein Gefäss geschaffen wird, das das Parlament dazu bringt, dass sich mindestens eine Anzahl Personen – zusammengesetzt aus allen Parteien – intensiver mit den finanzpolitischen Fragen befassen können. Der Gemeinderat sah immer diese Chance hinter der Motion. Wir haben uns insofern geziert, als wir der Meinung waren, das könnte auch erzielt werden, indem die GPK entsprechend aufmunitioniert wird und sie sich mehr Zeit als bisher für diese Fragen hätte nehmen können. Die Finanzkommission ist auch für den Gemeinderat eine gute Lösung, weil sie zu sachlich intensiveren Auseinandersetzungen um finanzpolitische Themen führt. Wir kommen nicht um solche Auseinandersetzungen herum. Es wird aber vielleicht eher so sein, dass Fehlentscheidungen oder mangelhafte Begründungen aufgedeckt werden können und in dem Sinn die Situation versachlicht wird. Wir wehren uns nicht heftig gegen die Änderungsanträge der GPK. Weil man sich in die Materie Finanzpolitik eher etwas länger einarbeiten muss, hatten wir den Eindruck, dass es gut ist, wenn eine möglichst lange Kontinuität in der Zusammensetzung der Finanzkommission herrscht. Wir können aber auch mit einer Amtsdauer von 2 Jahren leben wie auch mit der Ergänzung im Ablauf der Sitzungen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission.

Betreffend Kommission für soziale Fragen. Diese muss tatsächlich einmal gemeinsam genauer geprüft werden. Mit der Finanzkommission wird ein Gremium geschaffen, das zusätzlichen Aufwand generiert. Ich spüre das Parlament in letzter Zeit als sehr kostenbewusst. Das neue Gefäss wird Kosten auslösen und man kann sich überlegen, wie der entsprechende Mehraufwand aufgefangen werden kann. Diesbezüglich wird vielleicht sogar der Gemeinderat einen Vorschlag anbringen.

Detailberatung

Art. 2, Grösse, Wahl, Zusammensetzung

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Der erste Antrag beinhaltet in Art. 2 den neuen Abs. 3 *"Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre"* und macht somit den bisherigen Abs. 3 zu Abs. 4. Die Amtsdauer ist somit gleich lang wie jene der GPK und der KSF, den anderen beiden Kommission mit Aufsichtsfunktion.

Beschluss

Der Änderungsantrag der GPK wird angenommen.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

Art. 8, Gemeinsame Bestimmung betreffend Sitzungen

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Der zweite Antrag beinhaltet in Art. 8 des Reglements über die Finanzkommission die Schaffung der neuen Abs. 3: *"Das Präsidium legt fest, wie weit die Beratung in Anwesenheit von Dritten erfolgt"* und Abs. 4: *"Abstimmungen erfolgen offen und ausschliesslich in Anwesenheit der Mitglieder der Finanzkommission und der Protokollführerin oder des Protokollführers. Das Präsidium stimmt mit und gibt bei Stimmengleichheit den Stichentscheid"*.

Beschluss

Der Änderungsantrag der GPK wird angenommen.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

Das Parlament beschliesst das Reglement für die Finanzkommission gemäss vorliegendem Entwurf, ergänzt mit den Änderungen in Art. 2 und Art. 8.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Gemäss Proporzschlüssel haben die Parteien folgende Sitzansprüche: SP 2 Sitze, SVP, FDP, BDP, Grüne und EVP je 1 Sitz.

Ignaz Caminada (CVP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion schlägt Ihnen Hermann Gysel als Mitglied der Finanzkommission vor. In den vergangenen Jahren hat er oft genug bewiesen, dass er die Materie des Finanzwesens eines öffentlichen Organs ausgezeichnet versteht.

Niklaus Hofer (SVP): Die SVP stimmt einer Kommission mit 7 Mitgliedern zu. Es besteht noch eine gewisse Problematik mit der ersten Amtsdauer der Finanzkommission. Gemäss geltendem Recht ist im Januar 2012 jede Kommission neu zu wählen. Da wir die neue Kommission nun im Februar 2011 wählen, müsste sie nach nur knapp einem Jahr neu gewählt werden. Aus unserer Sicht spielt es keine grosse Rolle, wenn die Finanzkommission nun gleich bis zum Ende der Legislatur, d. h. für zweidreiviertel Jahre gewählt wird. Aus der SVP-Fraktion schlagen wir Ihnen Christian Burren als Mitglied der Finanzkommission vor. Zugleich schlagen wir ihn – sofern er gewählt wird – als Präsidenten der Finanzkommission vor. Christian Burren hat in seinem Präsidialjahr und als Präsident der Kommission K2005 bewiesen, dass er sehr kompetent und vor allem ruhig durch Sitzungen führen kann.

Hanspeter Kohler (FDP): Wir schlagen Ihnen "den Vater" der Motion, Mark Stucki, als Mitglied der Finanzkommission vor.

Urs Maibach (Grüne): Im Namen der Fraktion der Grünen schlage ich Ihnen Jan Remund als Mitglied der Finanzkommission vor. Auch er hat in den vergangenen Jahren mit der Mitarbeit am IAFP bewiesen, dass er sich in dieser Materie auskennt.

Andreas Lanz (BDP): Die BDP-Fraktion schlägt Ihnen Thomas Frey als Mitglied der Finanzkommission vor. Seine Erfahrung ist noch nicht gross. Er hat jedoch in unserer Fraktion bewiesen, dass er die Materie Finanzen beherrscht.

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Den Vorschlag der SP/JUSO-Fraktion, Martin Graber und Hugo Staub in die Finanzkommission zu wählen, haben wir bereits gehört. Die Frage in Bezug auf die Amtsdauer ist vorgängig geklärt worden. Diese läuft vom 1. April 2011 bis 31. Januar 2012.

Beschluss

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss erklärt folgende sieben Mitglieder in die Finanzkommission für die Amtszeit vom 1. April 2011 bis 31. Januar 2012 als gewählt:

Christian Burren (parteilos, Sitzanspruch SVP), Thomas Frey (BDP), Martin Graber (SP), Hermann Gysel (EVP), Jan Remund (Grüne), Hugo Staub (SP), Mark Stucki (FDP)

Beschluss

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss erklärt Christian Burren (parteilos, Sitzanspruch SVP) für die Amtszeit vom 1. April 2011 bis 31. Januar 2012 als Präsident der Finanzkommission als gewählt.

Beschluss

Die Motion 0838 (FDP/jfk) „Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission“ wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. 0803 Motion (CVP, jfk, EVP, FDP) "Ausarbeitung einer Energiestrategie für die Gemeinde Köniz" und 0807 Motion (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Hermann Gysel (EVP): Vielleicht mag sich die eine oder der andere noch an den Physikunterricht in der Schule erinnern. Für die Arbeit bzw. die Energie braucht es in der Mechanik eine Kraft und einen Weg. Das Produkt aus Kraft und Weg ist dann gleich Energie. In der Elektrizitätslehre lernt man, dass Spannung mal Strom eine Leistung ergibt. Multipliziert man dies mit der Zeit, so ergibt sich wieder Energie und diese wird in Wattstunden – in der Energiebilanz der Gemeinde Köniz mit kWh bezeichnet – gemessen.

Die vorliegenden Zahlen in den Unterlagen sind in Kilowattstunden angegeben, weil es sich dabei um eine Einheit in der Energie handelt. Ich konzentriere mich nun auf die eigentlichen Motionen: Die Motion 0803 von CVP, jfk, EVP, FDP verlangt eine Ausarbeitung einer Energiestrategie für Gebäude im Besitz der Gemeinde Köniz, die Motion der SP und der Grünen verlangt dies generell für Gebäude in der Gemeinde Köniz. Um was geht es? Es geht darum zu verstehen, wo sinnvolle Handlungsmöglichkeiten vorhanden sind, um Sanierungsmassnahmen durchzuführen, die sich unter dem Strich wirklich lohnen; wo Projekte vorhanden sind, in welchen wir als Parlament etwas vornehmen können. Um was ging es nicht? Es ging nicht darum, einen Zahlenfriedhof zu produzieren. Was haben wir gelernt? Ich habe aus der Antwort gelernt: Gehen wir auf die 4'000-Watt-Gesellschaft zu, hat die Gemeinde die ersten 50 Watt bereits verbraucht, der Kanton 100 Watt und der Bund nochmals 100 Watt. Was habe ich nicht gelernt? Ich habe nicht gelernt, wo Energie wirklich nachhaltig gespart werden kann, ausser vielleicht in Bezug auf Papier. Der Gemeinderat hält auf Seite 3 fest: "Für die sich im Besitz der Gemeinde befindenden Gebäude bestehen keine genauen Grundlagen, welche es erlauben würden, Kostenbetrachtungen für Sanierungsmassnahmen, bzw. für die daraus folgenden Energieeinsparungen anzustellen. Eine entsprechende umfassende Erhebung und Analyse ist auch in Zukunft nicht vorgesehen. Im Rahmen von Sanierungsprojekten werden diese jedoch vorgenommen und kostenmässig ausgewiesen." Was heisst das? Wir wissen nicht, wo sinnvoll gespart werden könnte. Wird aber eingespart, wird es kostenmässig ausgewiesen. Wenn wir dereinst vielleicht einmal in eine solche Energiebuchhaltung Einblick halten können, könnte dies vielleicht hilfreich sein. Auf diese Art aber Projekte anzugehen, sehe und verstehe ich nicht.

Mein Fazit: Energie und Worte sparen, die Motion abschreiben und versuchen zu verstehen, wie die Verwaltung bei der Vornahme eines Projekts denkt und handelt. Ich hoffe, dass die Kraft für den Nachvollzug nicht allzu gross ist und der Weg nicht allzu lang.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Zum Faktor Zeit: Die beiden Motionen sind fast gleichzeitig eingereicht worden. Die Motion 0807 ist zuerst verfasst worden und wurde dann an die Parlamentsmitglieder verschickt. Die Motion 0803 ist schneller eingereicht worden. Zeit hat auch mit Energie zu tun. Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Energiethema ernst genommen und auch gehandelt hat. Wir konnten die Energiestrategie zur Kenntnis nehmen, der Energierichtplan ist in Vernehmlassung und die Berichterstattung zu den Energiekennwerten im Verwaltungsbericht ist geplant. Ich habe den Eindruck, dass die vorliegende Tabelle einen guten

Überblick sowohl über den Gesamtenergieverbrauch der Gemeinde bis hin zu den Flugtreibstoffen, aber auch über jenen der Gemeindeverwaltung gibt. Diese Tabelle könnte allenfalls noch ausgebaut werden. So interessiert mich z. B. der CO₂-Ausstoss oder bei der Übersicht über den Energieverbrauch der Gemeinde wäre es aufschlussreich, die Bruttogeschossfläche der Gemeindegebäude anzugeben. Damit könnten allgemeine Vergleiche angestellt werden und daraus wäre ersichtlich, wo dringende Massnahmen notwendig wären. Mit Zahlen – da muss ich Hermann Gysel Recht geben – ist noch keine Energie eingespart. Uns Grünen kann nicht der Vorwurf gemacht werden, wir hätten es nicht versucht. Das Parlament hat jedoch viele unserer Vorstösse abgelehnt, z. B. die Schaffung eines Klimafonds, die Senkung des CO₂-Ausstosses der Gemeindeverwaltung, usw. Die vorliegenden Zahlen zeigen immerhin das Risiko, das wir als Gemeinde haben. Es ist ersichtlich, was es für die Gemeindefinanzen bedeuten kann, wenn sich die Energiepreise verdoppeln würden. 13 Millionen Kilowattstunden ergeben ungefähre Mehrkosten von 1,3 Millionen Franken. Die Energiestrategie setzt ehrgeizige Ziele. Mit den vorliegenden Zahlen ist ein Monitoring vorhanden, das aufzeigt, ob wir uns auf dem Zielpfad befinden. Es ist ersichtlich, dass der Energieverbrauch der Gesamtgemeinde in den letzten 15 Jahren um 9 Prozent zugenommen hat. Die Energiestrategie sagt, dass er in den nächsten 20 Jahren um 13 Prozent abnehmen sollte. Es ist wichtig, dies im Auge zu behalten und entsprechende Massnahmen umzusetzen.

Unsere Motion hat drei grundsätzliche Forderungen: Erstens eine Bestandesaufnahme, die mit dem Vorliegen dieses Berichts erfüllt ist. Zweitens Zielsetzungen, die mit dem Vorliegen der Energiestrategie auch erfüllt sind. Drittens haben wir Massnahmen gefordert, das Kosten-/Nutzenverhältnis dieser Massnahmen und die entsprechende Priorisierung derselben. Der letzte Punkt ist noch nicht erfüllt. Wir haben dafür ein gewisses Verständnis, weil Kosten-/Nutzen-Betrachtungen bei energetischen Massnahmen sehr anspruchsvoll sind. Ich erinnere, dass die bisher einzig im Parlament beschlossene Massnahme – die Subventionierung des GEAK – ein sehr gutes Kosten-/Nutzen-Verhältnis hat.

Es gibt zwei Wege zum Umgang mit diesen Zahlen: Das Vorsorgeprinzip, jetzt Massnahmen zu ergreifen, damit man gegen hohe Energiepreise resistent ist. Oder das Reparaturprinzip: Man wartet bis die Energiepreise hoch sind und ergreift dann Massnahmen, sofern man noch kann. Wir Grünen ziehen das Vorsorgeprinzip vor.

Wir erklären uns von der Umsetzung der Motion weitgehend zufrieden und werden der Abschreibung zustimmen.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Die beiden Vorstösse waren ausführlich und kompliziert und haben vom Gemeinderat viel gefordert. Gewisse Teile der Forderungen sind erfüllt. So ist eine Energiestrategie erarbeitet worden und die Energiebilanz der Gemeindeverwaltung liegt vor. Das Energiecontrolling scheint auch auf guten Wegen zu sein. Vieles ist aber noch unklar, was die SP/JUSO-Fraktion bereits in ihrer Stellungnahme zur Energiestrategie festgehalten hat. Wo kann z. B. mit einem investierten Franken die grösste Wirkung erzielt werden und was sind die Zwischenziele? Die Stossrichtung von beiden Vorstössen waren unseres Erachtens viel ambitionöser als das, was jetzt resultiert. Das ist sehr schade, weil die Bevölkerung der Gemeinde Köniz unserer Meinung nach gerade in Sachen erneuerbare Energie bereit wäre, mehr zu unterstützen als nur das, was zurzeit vorgenommen wird. Die Gemeinde Köniz bezieht aktuell knapp 36 Prozent ihres Stroms aus erneuerbarer Energie, davon ist der grösste Teil Wasserkraft. Nur gerade 0,16 Prozent stammen aus übriger erneuerbarer Energie. Dem entgegensetzen ist das Resultat der Abstimmung von gestern: In der Gemeinde Köniz haben stolze 8'272 Personen nein zu Mühleberg gesagt. In der Gemeinde Köniz ist die Unterstützung für erneuerbare Energie grösser als andernorts.

Die SP/JUSO-Fraktion erklärt sich mit der Erfüllung der beiden Motionen nicht besonders zufrieden. Von unserer Seite gibt es dafür keinen grossen Applaus. Wir werden der Abschreibung trotzdem zustimmen, weil es unserer Meinung nach nicht sinnvoll ist, zum jetzigen Zeitpunkt daran festzuhalten. Die Grundlagenarbeit ist getan und alles Weiterführende muss wohl mit weiteren Vorstössen eingefordert werden.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Zu Hermann Gysel: Er hat gefordert, dass sinnvolle Massnahmen anzugehen sind, die sich unter dem Strich lohnen. Das ist auch in meinen Augen das wichtigste. Es ist aber auch wichtig, zuerst ein Ziel zu haben und vor allem zuerst einmal den Start zu kennen. Ohne Ausgangslage – deshalb haben wir auch diese vielen Zahlen erhoben – können wir nicht wissen, ob das gesetzte Ziel auch erreicht werden kann. Danach kann immer noch geprüft werden, ob die gewählten Massnahmen sinnvoll sind. Wir planen vor allem, den Wert der gemeindeeigenen Gebäude zu erhalten. So ist z. B. gerade heute dem Projektierungskredit für das Lernschwimmbecken in Niederwangen zugestimmt worden. Im IVP

(Investitionsplan) finden Sie die geplanten Sanierungen von Schulanlagen und welche Sanierungsmassnahmen dafür vorgesehen sind. Mit den Sanierungsmassnahmen sind immer energetische Massnahmen verbunden. Wenn Sie aber in diesem Bereich "mehr Dampf" auflegen wollen, müssen Sie bestimmen, aus welchem Bereich wir Mittel für Gebäudesanierungen umbuchen sollen, denn wir können einen Franken nur einmal verbrauchen. Die Kosten-/Nutzen-Betrachtungen sind wichtig, aber hier herrschen zurzeit grosse Diskussionen unter Fachleuten. Vielleicht haben Sie diese mitverfolgt. Auch die Fachleute sind sich nicht einig, wo der Franken am besten eingesetzt ist. In der Gemeinde Köniz tun wir mit dem uns zur Verfügung gestellten Franken das Bestmögliche und investieren vor allem in energetische Massnahmen. Ein Beispiel: Beim OZK (Oberstufenzentrum Köniz) muss das Dach saniert werden und hier sind wir an den Abklärungen – die Energiefachstelle zusammen mit Gemeinderat Urs Wilk und seinen Baufachleuten – ob eine Fotovoltaikanlage realisiert werden kann. Sonnenkollektoren bei einer Schulanlage, die fast kein warmes Wasser benötigt, lohnen sich eigentlich nicht. Ob der Franken dann effizient und sinnvoll eingesetzt ist, wird erst die Zukunft zeigen.

Zu Hansueli Pestalozzi: Er hat angeregt, die Bruttogeschossflächen der gemeindeeigenen Liegenschaften einzufügen. Diese Anregung nehme ich gerne auf, denn die entsprechenden Zahlen liegen eigentlich vor. Ich halte hier fest, dass der Aufwand für die Vorlegung der Ihnen nun vorliegenden Zahlen sehr gross war. Auch in Bezug auf den CO₂-Ausstoss liegen Zahlen vor, die jedoch noch nicht berechnet worden sind. Das wird in Zukunft vorgenommen.

Die Grundlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Köniz unter "Energie" und "Energiestrategie" zu finden.

Ich bitte Sie, die beiden Motionen abzuschreiben.

Hugo Staub (SP): Auch ich stimme der Abschreibung der beiden Motionen zu. Wollte man warten, bis sich die Fachleute einig sind, könnte das dauern.

Beschluss

1. Die Motion 0803 (CVP, jfk, EVP, FDP) "Ausarbeitung einer Energiestrategie für die Gemeinde Köniz" wird abgeschrieben.
2. Die Motion 0807 (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz" wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

6. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1101 Dringliches Postulat (Hansueli Pestalozzi (Grüne), Bernhard Bichsel (FDP), Barbara Thür (GLP) "Machbarkeitsstudie Badeanlage Weiermatt"
- 1102 Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) "Schuldenbremse"

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Am 23. August 2010 haben Sie das Postulat 0810 "Gemeinsam Energie sparen" abgeschrieben. Wir haben damals festgehalten, dass eine Informationsbroschüre mit Energiespartipps in Erarbeitung ist. Der Flyer ist am 4. Februar mit der Post an alle Haushalte der Gemeinde Köniz zugesandt worden. Ich informiere Sie über die damit ausgelösten Kosten und die ersten Rückmeldungen: Die Produktion der 24'000 Flyer kostete inklusive Versand knapp 26'000 Franken. Vom Kanton sind wir mit 5'000 Franken unterstützt worden. Bis Ende letzter Woche sind knapp 30 Rückmeldungen bei uns eingetroffen und 83 Registrationen beim CO₂-Monitor. Diese Rückmeldungen sind zu gut zwei Dritteln positiv ausgefallen und zu einem Drittel negativ. Als negativ wurde vor allem festgehalten, dass die Bevölkerung mit den Tipps bevormundet werde und dass eigentlich mehr getan werden müsse. Die positiven Rückmeldungen lobten, dass sich die Gemeinde gut engagiert.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Am 17. Februar 2011 um 19.30 Uhr findet in der Aula der Schulanlage Niederscherli eine öffentliche Informationsveranstaltung zu "Thömus Bikepark" statt. Dies als Auftakt zur öffentlichen Mitwirkung. Sie werden dazu noch eine Medienmitteilung erhalten. Die öffentliche Mitwirkung dauert vom 21. Februar 2011 bis zum 25. März 2011.

Christian Roth (SP): Ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam: Am 17. Februar 2011 findet in der Villa Bernau um 19.30 Uhr ein SP-Anlass zum neuen Sozialbericht des Kantons Bern statt.

Dies zum Thema Armut und junge Erwachsene. Gemeinderat Ueli Studer hat sich zum Mitwirken bereit erklärt, wie auch Regierungsrat Philippe Perrenoud. Das Ziel ist zu diskutieren, welchen Einfluss die von Armut betroffenen jungen Erwachsenen in Köniz haben und was dagegen getan werden kann.

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss: Die Sitzung ist somit geschlossen.

Im Namen des Parlaments

Ursula Wyss
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament